

Schlei Bote - Donnerstag, 23.07.2009

Stadt spricht sich gegen CO2-Speicher aus

Die Stadtvertretung hat auf Antrag der Grünen eine Resolution gegen das geplante CO2-Endlager in Schleswig-Holstein verabschiedet. Dabei einigten sich die Kommunalpolitiker auf die bereits vom Kreistag in Schleswig beschlossene Erklärung.

Kappeln

/

yv

– Auch wenn am Ende alle Stadtvertreter für eine Resolution gegen die unterirdische Speicherung von CO2 im Lande stimmten, so war der Weg dorthin doch alles andere als einfach.

Schließlich waren die Grünen noch Ende Juni in der Stadtvertretung mit einem entsprechenden Eilantrag gescheitert. Gerade an diesem Tage war die Entscheidung über ein CCS-Gesetz im Bundestag auf die nächste Legislaturperiode verschoben worden, so dass die Eilbedürftigkeit nicht mehr als gegeben angesehen wurde und der Antrag in der Stadtvertretung mit deutlicher Mehrheit scheiterte.

Jetzt brachten die Grünen ihr Anliegen erneut vor. Der Ausgangspunkt: Von einem Großkohlekraftwerk der RWE Hürth soll CO2 per Pipeline nach Schleswig-Holstein verbracht und dort gelagert werden. Dazu Norbert Dick, stellvertretender Fraktionssprecher der Grünen: „Es gibt viele Gründe, die dagegen sprechen.“ Seinen Antrag begründete er unter anderem damit, dass andere Energieerzeugungsmöglichkeiten deutlich günstiger wären als Großkohlekraftwerke, dies ginge aus einer Studie von Banken hervor. Zudem würde wichtiger Speicherplatz, gefüllt mit CO2, etwa für Geothermie nicht mehr nutzbar. Dick: „Und die Bedingungen für den Tourismus, die damit geschaffen werden, wirken sich hier nicht positiv aus.“ Grundlage des Antrages sei die Resolution des Kreises Nordfriesland, die von allen Fraktionen dort getragen worden wäre.

Michael Arendt (LWG) sagte, dass sich seine Fraktion damit anfreunden könne, die Resolution zu unterstützen. „Ich glaube, keiner will die CO2-Abspaltung in Form des CCS-Verfahrens.“ Doch habe diese Resolution zwei Teile und in der so vorliegenden Form, könne man sie nicht unterstützen. Dabei bezog sich Arendt auf die Passage, in der es hieß, dass Kappeln den „Bau neuer Kohlekraftwerke zur nachhaltigen Fortsetzung der Kohleverstromung“ ablehne. Dazu meinte

Arendt: „Kappeln kann nicht über Kohlekraftwerk in ganz Deutschland entscheiden.“ SPD-Fraktionsvorsitzender Rainer Moll unterstützte Arendts Haltung: „Wir müssen deutlich machen, dass wir gegen die CO₂-Endlager sind. Aber diese Resolution ist zu sehr Parteiprogramm.“ Und CDU-Fraktionschef Horst Trauzettel riet dazu, die Ängste in der Region, besonders im Kreis Nordfriesland und im nördlichen Teil des Kreises Schleswig-Flensburg, zu respektieren. Trauzettel: „Diese Ängste sind begründet durch das sehr unsinnige Vorgehen, das RWE an den Tag gelegt hat.“ Der Energiekonzern habe erst sehen wollen, was möglich sei, bevor er die Bevölkerung informiert habe. Doch warnte Trauzettel davor, Kohlendioxid zu verteufeln, schließlich produziere jeder Mensch dieses Gas. Dennoch, so Trauzettel weiter, solle CO₂ schlicht dort gelagert werden, wo es auch produziert werde.

Dick betonte, dass die Resolution kein Parteiprogramm sei, sondern von allen Fraktionen in Nordfriesland so verabschiedet worden sei. Man habe sich für diese Resolution entschieden, weil die des Kreises Schleswig-Flensburg die Forderung beinhalte, dass die Landesregierung die Rechte der von CO₂-Lagerungen betroffenen Gemeinden stärken und ihnen weitergehende Beteiligungsrechte einräumen soll.

Grünen-Fraktionssprecher Ingwer Hansen meinte, die Zukunft solle zeigen, ob Kohlekraftwerke sich durchsetzen oder nicht. Hansen: „Wir können auch ohne den Teil der Resolution leben, der auf die Kohlekraftwerke eingeht. Wichtig ist uns, dass wir ein Zeichen setzen.“ So nahm die Grünen-Fraktion ihren Antrag zurück, und die Stadtvertretung einigte sich einstimmig auf die Resolution des Kreises Schleswig-Flensburg.